

Von Fabriken & Kasernen

Beigesteuert von Jürgen Scheffler
Mittwoch, 30. Mai 2007

So

allzu weit kann es nun wirklich nicht her sein, mit dem viel verkündeten "Arbeitsmarkt-Aufschwung" in Deutschland. Wie sonst kann es sein, dass die ARGE's des Landes das Herumdoktern an der hochoffiziell geschätzten Arbeitslosenzahl derart nötig haben, wie in diesen Zeiten? Zur Untermauerung dieser These führen wir zwei Beispiele an: 1. Die sogenannte "Arbeits-Fabrik" 2. Diese Meldung auf www.Linkezeitung.de, die unter Bezug auf Arbeitslosenforen von einer geplanten "Kasernierung" junger Langzeitarbeitsloser berichtet. So verschieden beide Konzepte sein mögen - so deutlich fördert näheres Hinsehen die Gemeinsamkeit zu Tage. Erstens - eine wirkliche Hilfe für die Arbeitslosen können sie beide nicht sein. Wie auch? Wenn Arbeitsplätze fehlen - und das ist nun mal unbestreitbar der Fall - dann fehlen sie halt; daran ändert weder eine späteste Bewerbung noch ein ickenloser Nachweis von Beschäftigungstherapie irgendetwas. Was beide aber sehr zuverlässig bewirken: die kosmetische Senkung der Arbeitslosenzahl. Und so kann die neoliberale Kampfpresse weiter unisono mit Bundesagentur für Arbeit und Politik vom "Arbeitsmarktaufschwung" fabulieren - während jeder, der zwangsweise in eine solche Maßnahme "gesteckt" wird, statistisch gesehen den letzten Rest seiner Existenz auf dem Arbeitsmarkt einbüßt. Oder was sonst ist es, wenn jemand zwar eindeutig und nachhaltig arbeitslos ist - absurderweise aber nicht mehr als solcher gezählt wird?

Diesen

jedem bekannten Trickbetrug an der öffentlichen Meinung im Lande begeht die Allparteien-Koalition in Berlin fortwährend Hand in Hand mit Behörden und Wirtschaft. Letzere ist auf diesem Sektor besonders aktiv - derzeit schießen "Arbeitsfabriken" bundesweit aus dem Boden wie Pilze. Die Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft BFZ gGmbH als "Erfinder" der Arbeitsfabrik sind eine Tochter des BBW e.V. - Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft e.V. Dieses gibt als Vereinszweck heuchlerisch an: Der BBW e.V. fördert die staatsbürgerliche, soziale, wirtschaftliche und berufliche Bildung junger und erwachsener Staatsbürger im Sinne einer freiheitlichen, sozialverpflichteten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Kaum mehr als leere Worthälsen.

Liest

man sich die Liste der Mitgliedsfirmen und Förderer des BBW (PDF (38.96 KB) aus unserem Downloadbereich) durch, wird schnell klar, wo in Wahrheit die Musik spielt. Hinter, über und neben Allem steht der VBM - der Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e.V. Dessen Interessenlage als GesamtMetall-Mitglied indes dürfte klar sein. Schließlich ist das herausragende Lieblings-Propaganda-Projekt von GesamtMetall die einschlägig bekannte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Überhaupt gibt man sich bei GesamtMetall sozial besonders kämpferisch, wie man hier nachlesen kann und dabei zugleich einen Eindruck vom Ursprung manch

besonders absurder CDU-Forderung gewinnt. Aber es muss sich schließlich ja auch lohnen, wenn zahlreiche Abgeordnete die Aliminationslisten von GesamtMetall und anderer mächtiger Verbände bevölkern.

Die Kriegskassen der Unternehmerverbände jedenfalls sind allerbestens gefüllt - dem Lohnverzicht der letzten Jahre sei dank sammelte sich viel Geld darin für allerlei Nützliches: noch mehr Lobbyisten in Berlin und Brüssel, Politiker, Medien- und Behördenmitarbeiter, aber auch für so manch andere subtilere Kampfmaßnahme. Ein solches Konzept wollen wir hier anhand der BFZ und "ihrer" Arbeitsfabrik mal näher erläutern. Hierzu zunächst das "Organigramm" der BFZ-Mutter BBW - das eine vage Ahnung vom Vernetzungsgrad gesellschaftsschädlicher Kräfte in unserem heutigen Absurdistan aufkommen lässt:

Ä

Natürlich ist die Arbeits-Fabrik längst nicht mehr nur in Bayern Hit - die bayrische BFZ ist damit auch in Ba-Württemberg und Hessen höchst rührig - während in den sonstigen Bundesländern die bundesweite BFZ-Tochter FAW oder regionale Unternehmerverbände diese Rolle übernehmen. Die stillschweigende - gleichwohl aber epidemische Ausmaße annehmende - Ausbreitung des Konstrukts "Arbeitsfabrik" steht in krassem Widerspruch zu ihrem einzigen und dazu höchst schlichten Produkt: diesen nämlich sind Bewerbungen!
Bewerbungen
- erzeugt in einer Art arbeitsteiliger "Selbstorganisation" der seitens der Ämter in die "Arbeitsfabrik" befohlenen "Belegschaft".

Als wenn in der deutschen Wirtschaft wirklich ein Mangel an Bewerbungen herrschte - es herrscht ein Mangel an Arbeitsplätzen, sonst nichts. Immerhin - die Personalabteilungen dürften dank Arbeitsfabrik nun mit 200 statt 100 Bewerbungen auf jede ordentliche Arbeitsstelle rechnen! So sehr viel sinnvoller, als den Wald zu fegen, kann dies ansonsten aber nicht sein.

Exemplarisch hier ein typischer Ablauf eines solchen Projektes. Das BFZ erhält von irgendeiner ARGE den entsprechenden Auftrag, mietet daraufhin irgendwo leerstehenden Bauraum an, stattet diesen mit der nötigen Infrastruktur inkl. zeitgemäßen Rechnernetzwerke (deren Potential praktisch kaum genutzt wird) - aus und entsendet einen Mitarbeiter als Aufseher auf rund 20 Arbeitslose. Die aus dem Boden gestampfte Einrichtung wird ein- oder zweiwöchentlich umschichtig benutzt, d.h. 40 Arbeitslose finden in der neugegründeten Arbeitsfabrik Beschäftigung für jeweils einen halben Monat. Beschäftigung allerdings, die ihnen und auch sonst nichts einbringt - sie erhalten weiterhin ALG2 und die anfallenden Fahrtkosten.

Ansonsten

ist das Konzept Arbeitsfabrik bewusst eher schlicht gehalten - in drei sogenannten "Abteilungen" soll der Arbeitsmarkt beackert werden, d.h. es wird mehr oder weniger systematisch nach offenen Stellen gesucht und das Gefundene wird dann irgendwie auf passende Teilnehmer verteilt, die sich sodann darauf zu bewerben haben. Die "Aufsicht" vom BFZ nimmt im wesentlichen moderierende Funktionen wahr und unterstützt hier und da etwas bei der Gestaltung der Bewerbungen.

Vom

systematischen Erlernen zeitgemäßer Organisationsformen oder gar von Qualifikationsverbesserung kann hierbei kaum die Rede sein - und ist wohl auch nicht beabsichtigt. Vielmehr hat das Ganze eher den Charakter einer beaufsichtigten Beschäftigungstherapie garniert mit einem "Edelbewerbungstraining". Edel deswegen, weil das Ganze nicht wirklich "billig" ist - denn insgesamt dürften bei der ARGE Monat für Monat mindestens rund 500 €,- Kosten pro teilnehmenden Arbeitslosen zu Buche schlagen, mindestens sechs Monate lang. Ein konsequentes Bewerbungstraining liesse sich in zwei Wochen durchziehen und wäre da pro Fehltag in der Arbeitslosenstatistik sicherlich zwar teurer, aber für den, der es braucht, nützlicher.

Die

Leistungen der Arbeits-Fabrik aus Sicht der Arge: 1. der Arbeitslose fällt als in einer Maßnahme befindlich für die gesamte Zeit aus der Arbeitslosenstatistik 2. Das Arbeitsamt hat über die BFZ jederzeit Aufsicht über die betreffende Person und ihre Bewerbungen. 3. De facto wird der Vermittlungsauftrag der Behörde zu den Betroffenen geschoben - und zwar zum Nulltarif, denn für seine Mühle erhält der Arbeitslose natürlich keinen Cent. Für das BFZ geht die Rechnung auch auf - erstens werden die Kosten ja bezahlt, zweitens ergeben sich ideale Ansatzpunkte zur Rekrutierung für BFZ-eigene Kursangebote und die BFZ-eigene Zeitarbeitsfirma "procedo". Das wars dann aber auch schon mit der "Arbeitsfabrik".

Denn

selbst eine noch so schlechte Bewerbung ändert natürlich nichts an weiterhin schlicht fehlenden Arbeitsplätzen und somit KANN die Arbeitsfabrik hier nichts wirklich Nennenswertes bewegen. Besonders perfide bei diesem Ansatz - jene Arbeitslosen, die noch Defizite in ihren Bewerbungspraktiken haben, wäre mit einem kürzeren Bewerbungstraining weitaus effektiver geholfen - für alle anderen ist diese Maßnahme ohnehin weitgehend sinnlos, abgesehen vielleicht davon, dass sie mal wieder ein bisschen "unter Leute" kommen. Das Muster ist bekannt: Alle profitieren irgendwie von der Arbeitsfabrik - nur die Arbeitslosen nicht. Sicher - viele Arbeitslose haben keinen Internetzugang, keine PC-Kenntnisse oder sind menschlich vereinsamt - solche Möglichkeiten aber liessen sich für diese Menschen weitaus billiger schaffen und vielleicht sogar zu etwas Sinnvollem nutzen. Doch anscheinend schieben die ARGE's das Geld lieber indirekt zum Verursacher der Misere überhaupt - nämlich den Unternehmerverbänden.

Bei

der Arbeitsfabrik berappt der angeblich so arme Vater Staat bei 40

Teilnehmern Monat für Monat grob geschätzt 20.000 â, –
für diesen Flachsinn. Weiter ist festzustellen, dass nicht
selten mehrere solcher Arbeitsfabriken im Bereich einer regionalen
Arbeitsagentur - natürlich völlig unkoordiniert - das Rad
jeweils neu erfinden. Während die zentrale Bundesagentur für
Arbeit mit ihrer Mitarbeiterherrschar und schweine-teueren Software
schon beim wesentlich kleineren "ersten" Arbeitsmarkt
deutlich an ihre Grenzen stößt. Schlimmer hätte der
Import einer Lösung direkt aus Schilda auch kaum ausfallen
können.

Inzwischen
aber schmückt bereits klangvolle Lyrik so manche
Bewerbungsmappen - "Abteilungsleiter Arbeitsfabrik soundso..."
steht da inzwischen immer häufiger zu lesen. Bisweilen auch
"Betriebsleiter" - was nichts anderes bedeutet, als dass
der Verfasser als BFZ-Mitarbeiter mal eine "Arbeits-Fabrik"
beaufsichtigte - absolut wertvoller Beitrag, denn dort wird ja ohne
Sinn und Verstand und ohne jegliche Kosten- oder
Führungsverantwortung gearbeitet.

Fazit
bleibt: Arbeitsfabriken werden es nicht ändern: dem
Arbeitsmarkt ist das komplette Marktversagen zu bescheinigen -
wenn man Teile des längst abgespaltenen "ersten"
Arbeitsmarkt beiseite lässt. Durch Einflussnahme auf die Politik
haben sich die Unternehmerverbände in nahezu allen Belangen im
wahrsten Sinne des Wortes "an den Drücker" gebracht,
um Menschen die Löhne zu drücken oder sie in Hungerlohnjobs
abzuschieben. Völlig unverstündlich muss da bleiben, dass
dann auch noch Behörden hergehen und irgendwelchen Handlangern
der Unternehmensmafia noch mehr Einfluss und sogar noch Einnahmen auf
dem Rücken und zu Lasten der Arbeitslosen zuschieben.

Bei
Marktversagen ist der politische Eingriff gefragt, ja sogar
notwendig - um eben einen Markt mit freien Marktteilnehmern erst
einmal wieder herzustellen. Was aber macht unsere Politik? Das genaue
Gegenteil - sie schantzt dem Verursacher der Probleme NOCH mehr Macht
zu, beugt inzwischen sogar die Grundrechte der Menschen und Bürger.
Es gibt keine freie Entscheidung eines Menschen zu einer
Zeitarbeitsfirma zu gehen, und sich dort für einen Hungerlohn
gleich doppelt ausbeuten zu lassen. Nein - er MUSS auf
staatlichen Befehl dorthin, andernfalls droht Bestrafung! Es ist also
kriminell, eine Vorstellung davon zu haben, was man arbeiten möchte
und dass man zumindest genug zum Leben damit verdienen will? So etwas
erfüllt allenfalls die Definition von Zwangsarbeit und diese hat
bekanntlich nicht das Geringste mit "freiem Markt" zu tun.
So ganz scheinen Deutschlands Eliten ihr ererbtes Wissen um die
Zwangsarbeit im Dritten Reich wohl doch nicht vergessen zu haben.

Besonders
rude geht man schon seit längerem mit jungen
Langezeitarbeitslosen um - nach einem Bericht
auf
www.Linkezeitung.de steht
eine neuerliche Steigerung des Drucks auf junge Menschen zur Annahme
mies bezahlter Arbeit bevor. Es ist geplant, diese zu "Kasernieren".
Fortan sollen sie also pünktlich in irgendwelchen von den ARGE's
angemieteten Liegenschaften allmorgendlich zum Appell erscheinen.
Andernfalls - sie ahnen es schon - droht Streichung der Stütze.

Wie krank muss ein Hirn sein, um sich in einer angeblich freien und demokratischen Gesellschaft einen derartigen Blödsinn nicht nur auszudenken, sondern ihn auch noch umsetzen zu wollen? Und wie krank eine Gesellschaft, die eine derartige Beugung ihres Rechtes zulässt, dass dieser abgrundtiefe Schwachsinn sogar völlig legal möglich ist?

Mehr
Druck auf Arbeitslose - gleich ob alt oder jung - schafft weder neue Ausbildungs- noch Arbeitsplätze.
Wenn er etwas schafft, dann vor allem Verzweiflung an Staat und Gesellschaft, Resignation und Perspektivlosigkeit. Glauben denn die feinen Herren dieser Republik, auch nur ein Mensch ginge freiwillig für einen Lohn arbeiten, von dem er nicht einmal leben kann?
Etwa - weil Arbeit etwas so fürchterlich Schönes ist? Vor allem wenn selbst man praktisch nichts davon hat, man aber sehr wohl für andere - die sich auch so schon kaum noch gegen ihren ausufernden Reichtum wehren können - auch noch zusätzlich anschafft? Diese Herrschaften wissen es natürlich besser - und daher muss es Hartz-Sanktionen und darf es keine Mindestlöhne geben.

Gerade
junge Menschen sollten sich heute sehr genau überlegen, was sie tun - und vor allem was sie bei nächster Gelegenheit wählen.
Politisches Desinteresse oder nicht zur Wahl zu gehen könnten sich gerade für sie besonders bitter rächen. Denn die heutigen Verhältnisse bleiben - und das ist bereits heute schon sicher - nicht ohne Folgen. Unseren schwachsinnig organisierten Sozialsystemen sei dank, bedeutet geringer Lohn nicht nur immer weniger Teilhabe an der Glitzerwelt im Heute - er bedeutet pure Not im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit und besonders später im Alter. Dass heute viele Rentner so eben noch um die Runden kommen, liegt allein daran, dass diese einen Großteil ihres Berufslebens in einer anderen - noch halbwegs vernünftigen - Gesellschaft verbrachten.

Für
die Jungen von heute wird sich das völlig anders darstellen: Spät in ein Berufsleben gekommen, welches fortwährend von Arbeitslosigkeitszeiten unterbrochen war und dazu zu einem nicht unerheblichen Teil in Hungelohnjobs verbracht wurde, werden diese Menschen nach unserem beknackten System keine hinreichende Rentenansprüche mehr aufbauen können - ihre geringen Einkommen erlauben ihnen aber auch keine nennenswerten private Absicherung. Dies ist nicht etwa Panikmache - sondern unwiderlegbar die Auswirkung der gegenwärtigen Verhältnisse, wenn sich nicht bald Entscheidendes hieran ändert.

Diese
Änderung ist von der gegenwärtigen Politischen Elite wohl nicht mehr zu erwarten. Wie den meisten Gewerkschaftern, Verbandsführern und Selbstverwaltungsfuzzies ist jenen in Wahrheit längst das eigene Hemd näher als die Wahrnehmung jener gesellschaftlichen Funktion, der sie ihren zumeist relativ sicheren Lukrativ-Job eigentlich verdanken.

In
einer Demokratie wäre es nicht wirklich schlimm, wenn eine politische Richtung für die Interessen allein der Reichen eintritt - bizarr wird es nur, wenn diese von Menschen gewählt

wird, die hiervon nicht nur nicht profitieren sondern am Ende auch noch die ganze Zeche erarbeiten und zahlen sollen und werden. Damit diese Wahl aber dennoch so weiter erfolgt, müssen natürlich fortwährend weiter Lügen über die Medien verbreitet werden - sonst wäre die Interessenvertretung der Reichen gleich in welcher Form ihrem Gesellschaftsanteil angemessen längst unter die 5%-Hürde gefallen.

Allein

schon dass man in vielerlei Hinsicht längst Hand an unsere und andere Verfassungen legt - ja sie demnächst per EU-Vertrag ganz abzuschaffen und durch per Gesetz festgeschriebenen Neoliberalismus zu ersetzen gedenkt, sollte jedem klar werden lassen, wie weit das Ganze schon gediehen ist. Hier wird bereits Vorkehr getroffen für den Niedergang der noch vorherrschenden Strömung in den Parlamenten. Eine so ausgeglichene Demokratie verliert ihre Erneuerungsfähigkeit - etwas was wir bereits seit Kohl hierzulande verfolgen könnten, wenn wir es nur sehen wollten. Gab es nur eine einzige sinnvolle Reform im Sozialbereich? Gab es nur eine einzige sinnvolle Reform in der Wirtschaft? Nein - es gab immer nur das Eine: noch immer mehr Spielraum für noch mehr Reichtum für schon Reiche und für noch immer mehr Rechte für schon Mächtige. Klarer Befund: Machtdeformation!

Mit

den Hartzgesetzen war der Anfang gemacht - die Brechstange zum Aufbrechen der demokratischen und solidarischen Gesellschaftsordnung ist angesetzt und wird mächtig bewegt. Längst sind die Sanktionen und die Entrechtung beträchtlicher Teile der Bevölkerung vielfach verschärft, während das Heer der "Verlierer" des Prozesses hinter all dem irreführenden Medienpalaver von Tag zu Tag wächst. Längst gehen Wirtschaftskriminelle vor Gerichten, wenn sie schon mal dort landen, straffrei aus oder können sich "freikaufen" - während Menschen die absolut nicht das Geringste verbrochen haben, willkürlich mit Schikanen und Hungerstrafen verfolgt werden. Es wird Zeit als Bürger dieses Landes, eines zu begreifen: Was heute mit Hartzlern geschieht, mag für viele noch weit weg scheinen - und doch ist es das genaue Abbild dessen, was auch Ihnen bereits morgen schon blühen kann, verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger.

ARTIKELELENDE

Ä

Ä